

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Bundestagswahl in Deutschland am 23. Februar 2025

Vorläufiges Ergebnis

Viola Neu und Sabine Pokorny

- › Einzig die Unionsparteien konnten bei dieser Wahl als Repräsentanten der politischen Mitte zulegen und werden mit 28,5 Prozent stärkste Kraft. Die Union profitiert von ihrer Kompetenz in der Wirtschaftspolitik.
- › Die Parteien der Ampelkoalition haben erhebliche Einbußen zu verzeichnen. Die FDP verfehlt den Einzug in den Bundestag.
- › Die politischen Ränder (AfD, Linke, BSW) gewinnen insgesamt 19,3 Prozentpunkte hinzu, von denen knapp 5 Prozentpunkte nicht parlamentswirksam sind. Die AfD profitiert erheblich von der gestiegenen Wahlbeteiligung.
- › Keiner der Spitzenkandidaten der Ampelparteien hat einen Amtsbonus. Friedrich Merz unterscheidet sich durch Führungsstärke von allen Mitbewerbern.
- › Die deutsche Wählerschaft ist gegenüber 2021 deutlich fragmentierter und auch polarisierter.
- › Das politische Meinungsklima ist von Verunsicherung und Unzufriedenheiten geprägt. Davon profitieren die politischen Ränder.
- › Die Linke erreicht bei jüngeren Frauen in Städten 35 Prozent; die AfD bei jüngeren Männern im ländlichen Raum 36 Prozent.
- › Entgegen den Erwartungen ist die Linke mit 8,8 Prozent in den Bundestag eingezogen und wird in Berlin knapp stärkste Partei.
- › Aufgrund des neuen Wahlrechts kann in 23 Wahlkreisen das Direktmandat nicht in den Bundestag einziehen. Besonders betroffen ist die Metropolregion zwischen Frankfurt und Stuttgart.

Inhaltsverzeichnis

Die Bundestagswahl in Deutschland 2025	3
1. Das Wahlergebnis	3
2. Wesentliche Bestimmungsgründe für das Wahlergebnis	6
3. Wählerwanderung und Sozialstruktur	10
Literatur	13
Impressum	16

Die Bundestagswahl in Deutschland 2025¹

1. Das Wahlergebnis

Die Wahlbeteiligung ist bei der vorgezogenen Bundestagswahl am 23. Februar 2025 zum vierten Mal in Folge gestiegen. 82,5 Prozent der Wahlberechtigten haben an der Wahl teilgenommen. Das ist die höchste Wahlbeteiligung seit der Wiedervereinigung.

Die **Unionsparteien** werden stärkste Kraft mit gemeinsam 28,5 Prozent der Zweitstimmen. Das entspricht einem Plus von 4,4 Prozentpunkten. Die CDU gewinnt 3,6 Punkte hinzu und erzielt 22,6 Prozent der Zweitstimmen, während die CSU auf 6,0 Prozent kommt (+0,8 Punkte). Trotz der Gewinne fährt die Union damit ihr historisch zweitschlechtestes Ergebnis ein. Auch bei den Erststimmen können CDU und CSU hinzugewinnen. Die CDU erreicht 25,5 Prozent der Erststimmen (+2,9 Punkte), die CSU 6,6 Prozent (+0,6 Punkte). Die CDU wird mit 164 Abgeordneten (+12) im Bundestag vertreten sein. Insgesamt kann die CDU 143 Wahlkreise direkt gewinnen, davon ziehen aufgrund des neuen Wahlrechts aber nur 128 Direktkandidaten in den Bundestag ein. 15 CDU-Direktkandidaten erhalten trotz Wahlkreissieg kein Bundestagsmandat. Die CSU kann 47 Wahlkreise gewinnen, davon ziehen 44 Abgeordnete auch in den Bundestag ein, 3 Wahlkreissieger bleiben ohne Mandat. Damit ist die Union stärker von der Wahlrechtsänderung betroffen als alle anderen Parteien, vor allem in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern. Aber auch in Schleswig-Holstein kann die CDU den Wahlkreis von Robert Habeck direkt gewinnen (Flensburg-Schleswig), ohne dass die CDU-Kandidatin in den Bundestag einzieht. Insgesamt gewinnt die CDU 5 Wahlkreise von den Grünen, in denen die Gewinner aber alle nicht in den Bundestag einziehen. Auch die CSU gewinnt einen Wahlkreis von den Grünen, der ebenfalls unbesetzt bleibt. Von der SPD kann die CDU 49 Wahlkreise gewinnen, davon bleiben 8 unbesetzt. Im Gegenzug verliert die CDU 11 Wahlkreise an die AfD, davon bleibt 1 unbesetzt.

In Westdeutschland schneidet die Union mit 30,9 Prozent (+5,1 Punkte) deutlich besser ab als in Ostdeutschland mit 18,7 (+1,4 Punkte). In den Bundesländern erzielt in Bayern die CSU das beste Zweitstimmenergebnis für die Union mit 37,2 Prozent. Die CDU kann ihr bestes Zweitstimmenergebnis in Baden-Württemberg einfahren mit 31,6 Prozent. Am schlechtesten schneidet die CDU in Mecklenburg-Vorpommern ab mit nur 17,8 Prozent der Zweitstimmen. Auf der Wahlkreisebene erzielt die Union im Hochsauerlandkreis, dem Wahlkreis von Friedrich Merz, mit 43,6 Prozent der Zweitstimmen ihr bestes Ergebnis. Hier verzeichnet die CDU auch ihren höchsten Zuwachs (+10,2 Punkte). Merz kann seinen Wahlkreis mit 47,7 Prozent der Erststimmen direkt gewinnen. Ihr schlechtestes Ergebnis erzielt die CDU in Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost, wo sie nur 9,3 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinen kann. In zwölf ostdeutschen Wahlkreisen muss die CDU entgegen dem Bundestrend leichte Verluste verbuchen.

Die **AfD** erzielt 20,8 Prozent und wird zweitstärkste Kraft. Mit einem Plus von 10,4 Punkten kann sie ihr Zweitstimmenergebnis im Vergleich zu 2021 verdoppeln. Auch bei den Erststimmen gewinnt die AfD 10,4 Punkte hinzu und erzielt 20,6 Prozent. Die AfD wird mit 152 Abgeordneten im Bundestag vertreten sein (+69). Insgesamt kann die AfD 46 Wahlkreise direkt gewinnen, wovon 42 Kandidaten auch direkt in den Bundestag einziehen. 4 AfD-Kandidaten bleiben aufgrund des neuen Wahlrechts ohne Mandat (Landkreis Rostock II, Oberhavel-Havelland II, Halle, Leipzig I). Insgesamt gewinnt die AfD 21 Wahlkreise von der SPD (3 ohne Mandat) und 11 von der CDU (1 ohne Mandat). Alice Weidel verliert mit 20,4 Prozent ihren Wahlkreis Bodensee gegen die CDU. Tino Chrupalla kann dagegen seinen Wahlkreis Görlitz mit 48,9 Prozent direkt gewinnen.

Die AfD schneidet in Ostdeutschland deutlich besser ab als in Westdeutschland. In Ostdeutschland wird die AfD mit 32,0 Prozent stärkste Kraft (+12,7 Punkte). In Westdeutschland erzielt sie

18,0 Prozent (+9,8 Punkte). In den Bundesländern kann die AfD ihr bestes Ergebnis in Thüringen mit 38,6 Prozent einholen. Ihr schlechtestes Ergebnis erzielt die AfD in Hamburg mit 10,9 Prozent. Auf Ebene der Wahlkreise kann die AfD in einer Reihe ostdeutscher Wahlkreise über 40 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinen. Am höchsten fallen die Zweitstimmenergebnisse der AfD in den Wahlkreisen Görlitz (46,7 Prozent), Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (46,5 Prozent), Erzgebirgskreis I (46,2 Prozent) und Bautzen I (46,0 Prozent) aus. Die höchsten Zuwächse verzeichnet die AfD in den Wahlkreisen Börde-Salzlandkreis (+19,9 Punkte), Mecklenburgische Seenplatte I-Vorpommern-Greifswald II (+19,6 Punkte) und Mansfeld (+19,5 Punkte). Die niedrigsten Zweitstimmenergebnisse erreicht die AfD in Köln II (6,3 Prozent) und in Münster (6,9 Prozent).

Die **SPD** verliert 9,3 Punkte und kann nur noch 16,4 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinen. Damit wird sie drittstärkste Kraft. Das ist das historisch schlechteste Ergebnis für die SPD. Auch bei den Erststimmen verzeichnet die SPD Verluste, wenn auch weniger stark als bei den Zweitstimmen. Sie erzielt 20,1 Prozent der Erststimmen (-6,3 Punkte). Die SPD entsendet 120 Abgeordnete in den Bundestag (-86). Insgesamt kann die SPD 45 Wahlkreise direkt gewinnen, davon ziehen auch 44 Abgeordnete in den Bundestag ein. Eine Kandidatin gewinnt zwar ihren Wahlkreis (Bremen I), wird aufgrund des neuen Wahlrechts jedoch nicht im Parlament sitzen. Insgesamt verliert die SPD 49 Wahlkreise an die CDU (8 ohne Mandat), 21 an die AfD (3 ohne Mandat), 3 an die Grünen und 2 an die Linke. In Brandenburg kann die SPD nur noch einen einzigen Wahlkreis direkt gewinnen. Olaf Scholz holt den Wahlkreis Potsdam-Potsdam-Mittelmark II-Teltow-Fläming II mit 21,8 Prozent der Erststimmen.

Die SPD schneidet in Westdeutschland mit 17,6 Prozent (-8,5 Punkte) besser ab als in Ostdeutschland mit 11,6 Prozent (-12,3 Punkte). In den Bundesländern erzielt die SPD ihr bestes Ergebnis in Bremen mit 23,1 Prozent, ihr schlechtestes in Sachsen mit lediglich 8,5 Prozent. In den Wahlkreisen verzeichnet die SPD ihr bestes Zweitstimmenergebnis in Aurich-Emden (28,6 Prozent). Am schlechtesten fällt das Zweitstimmenergebnis der SPD in der Sächsischen Schweiz-Osterzgebirge aus mit nur 6,0 Prozent. Die höchsten Verluste verzeichnet die SPD einem Wahlkreis in Brandenburg (Prignitz-Ostprignitz-Ruppin-Havelland I, -18,1 Punkte) und zwei Wahlkreisen in Mecklenburg-Vorpommern (Ludwigslust-Parchim II-Nordwestmecklenburg II-Landkreis Rostock I, -18,3 Punkte; Mecklenburgische Seenplatte II-Landkreis Rostock III, -18,5 Punkte).

Die **Grünen** können 11,6 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinen. Das entspricht einem Minus von 3,1 Punkten. Dennoch handelt es sich um das zweitbeste Ergebnis in der Geschichte der Grünen. Auch bei den Erststimmen haben die Grünen leicht verloren. Sie erzielen 11,0 Prozent der Erststimmen (-2,9 Punkte). Die Grünen werden mit 85 Abgeordneten im Deutschen Bundestag vertreten sein (-33). 12 Wahlkreise können die Grünen direkt gewinnen, alle 12 Kandidaten ziehen auch in den Bundestag ein. Dabei gewinnen die Grünen 3 Wahlkreise von der SPD, verlieren aber 5 Wahlkreise an die CDU (davon 3 ohne Mandat), 1 an die CSU (ohne Mandat) und 1 an die Linke. Annalena Baerbock unterliegt in ihrem Wahlkreis gegen Olaf Scholz mit 15,9 Prozent der Erststimmen. Robert Habeck verliert seinen Wahlkreis Flensburg-Schleswig mit 22,6 Prozent an die CDU, deren Kandidatin aber nicht ins Parlament einziehen kann.

Die Grünen erzielen in Westdeutschland mit 12,5 Prozent (-3,2 Punkte) ein deutlich besseres Zweitstimmenergebnis als in Ostdeutschland mit 7,9 Prozent (-2,7 Punkte). Auf Ebene der Bundesländer schneiden die Grünen besonders gut in Hamburg ab mit 19,3 Prozent. Am schlechtesten fällt das Ergebnis der Grünen in Thüringen (4,2 Prozent) und Sachsen-Anhalt (4,4 Prozent) aus. In den Wahlkreisen erzielen die Grünen ihre besten Zweitstimmenergebnisse in Münster (26,6 Prozent) und in Freiburg (26,6 Prozent). Das schlechteste Ergebnis verzeichnen die Grünen im Erzgebirgskreis I mit lediglich 2,2 Prozent.

Die **Linke**, die im Herbst 2024 bei den ostdeutschen Landtagswahlen deutlich verloren hatte, kann bei der Bundestagswahl 8,8 Prozent der Zweitstimmen erzielen. Im Vergleich zu 2021

entspricht das einem Plus von 3,9 Punkten. Damit erzielt die Linke ihr historisch drittbestes Ergebnis. Die Linke kann 7,9 Prozent der Erststimmen auf sich vereinen (+3,0 Punkte). Die Linke wird mit 64 Abgeordneten ins Parlament einziehen (+25). Da die Umfragen nach der Gründung des BSW eine Zeitlang die Linke unter 5 Prozent sahen, setzte die Partei darauf, mindestens drei Direktmandate zu erzielen, um in den Bundestag einzuziehen. Neben dem guten Zweitstimmenergebnis konnte die Linke nun auch 6 Direktmandate erzielen, die auch alle in den Bundestag einziehen werden. Bodo Ramelow kann seinen Wahlkreis von der SPD gewinnen (Erfurt-Weimar-Weimarer Land II). Ferat Kocak gewinnt seinen Wahlkreis ebenfalls von der SPD (Berlin-Neukölln). Sören Pellmann verteidigt seinen Wahlkreis (Leipzig II). Pascal Meiser kann den Grünen den Wahlkreis Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost abnehmen. Ines Schwerdtner verteidigt Berlin-Lichtenberg, den früheren Wahlkreis von Gesine Löttsch, und Gregor Gysi kann erneut Berlin-Treptow-Köpenick gewinnen.

Die Linke erzielt in Ostdeutschland mit 13,4 Prozent (+3,3 Punkte) der Zweitstimmen ein besseres Ergebnis als in Westdeutschland mit 7,6 Prozent (+4,0 Punkte). In den Bundesländern kann die Linke in Berlin mit 19,9 Prozent ihr mit Abstand bestes Ergebnis verzeichnen. Damit wird sie in Berlin stärkste Kraft. Das schlechteste Ergebnis holt die Linke in Bayern mit 5,7 Prozent. Auf Ebene der Wahlkreise schneidet die Linke mit 31,7 Prozent in Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost am besten ab. Hier kann sie mit +13,1 Punkten auch überproportional hinzugewinnen. Auch in Berlin-Neukölln (+13,4 Punkte) und Berlin-Mitte (+13,0 Punkte) gewinnt die Linke deutlich überdurchschnittlich hinzu. Die wenigsten Zweitstimmen kann die Linke in den Wahlkreisen Degendorf (3,1 Prozent) und Schwandorf (3,3 Prozent) verbuchen.

Die **FDP** kann nur 4,3 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinen. Im Vergleich zu 2021 verliert sie 7,1 Punkte. Damit erzielt die FDP ihr historisch schlechtestes Ergebnis und scheidet nach 2013 zum zweiten Mal an der Fünf-Prozent-Hürde. Die FDP erreicht 3,3 Prozent der Erststimmen (-5,4 Punkte).

In Westdeutschland schneidet die FDP mit 4,6 Prozent (-7,3 Punkte) leicht besser ab als in Ostdeutschland mit 3,3 Prozent (-6,2 Punkte). Einzig in Baden-Württemberg (5,6 Prozent) und Hessen (5,0 Prozent) würde es die FDP über die Fünf-Prozent-Hürde schaffen. Am schlechtesten schneidet die FDP in Thüringen ab mit nur 2,8 Prozent. In den Wahlkreisen erzielt die FDP ihr bestes Ergebnis im Wahlkreis Düsseldorf I (7,8 Prozent), ihr schlechtestes Ergebnis in den Wahlkreisen Berlin-Lichtenberg (2,5 Prozent) und Prignitz-Ostprignitz-Ruppin-Havelland I (2,5 Prozent). Die größten Verluste verbucht die FDP in Rottweil-Tuttlingen (-12,0 Punkte).

Das **BSW** kann nicht an den Erfolg bei der Europawahl 2024 anknüpfen und scheidet mit 4,97 Prozent der Zweitstimmen knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Bei den Erststimmen erzielt das BSW 0,6 Prozent.

In Ostdeutschland schneidet das BSW mit 9,3 Prozent deutlich besser ab und hätte es ins Parlament geschafft. In Westdeutschland liegt das BSW dagegen mit 3,9 Prozent der Zweitstimmen deutlich unter der Fünf-Prozent-Hürde. Das beste Zweitstimmenergebnis erzielt das BSW in Sachsen-Anhalt mit 11,2 Prozent, das schlechteste in Bayern mit 3,1 Prozent. In den Wahlkreisen schneidet das BSW im Wahlkreis Frankfurt (Oder)-Oder-Spree mit 12,6 Prozent am besten ab, am schlechtesten im Wahlkreis Schwandorf (2,5 Prozent).

Zum zweiten Mal in Folge ist der **Südschleswigsche Wählerverband (SSW)** aufgrund einer Sonderregelung mit 0,2 Prozent und 1 Abgeordneten im Bundestag vertreten. Der SSW tritt nur in Schleswig-Holstein an und erzielt hier 4,0 Prozent.

Von den **sonstigen Parteien** qualifizieren sich die Freien Wähler mit 1,5 Prozent (-0,9 Punkte) und die Tierschutzpartei mit 1,0 Prozent (-0,5 Punkte) für die staatliche Teilfinanzierung für Parteien.

2. Wesentliche Bestimmungsgründe für das Wahlergebnis²

Angesichts der komplexen innen- wie außenpolitischen Probleme, ist das politische Meinungsklima von Verunsicherungen und Unzufriedenheiten geprägt. Ob Zukunftsaussichten, wirtschaftliche Bewertungen, Meinungen über Parteien und Spitzenpolitiker, Enttäuschung über die Ampelkoalition, Kompetenzzuschreibungen der Parteien, aber auch die eigene wirtschaftliche Lage, überall fallen die Meinungen skeptischer als 2021 aus, zum Teil dominiert eine große Unzufriedenheit. Dies führte bei den Ampelparteien zu erheblichen Verlusten.

Gerade einmal 16 Prozent der Wahlberechtigten bewerten die wirtschaftliche Lage positiv. Zum letzten Mal lagen 2005 die Werte etwa auf dem Niveau. Eine Mehrheit von 57 Prozent sind der Ansicht, dass es in Deutschland nicht gerecht zugehe. Hier gab es letztmals 2009 ein vergleichbares politisches Klima. 12 Prozent bewerten die Verhältnisse in Deutschland mit Zuversicht. Auch dies ist ein langjähriger Tiefwert. Auch das allgemeine Sicherheitsgefühl bei einem Aufenthalt im öffentlichen Raum ist deutlich gesunken. Fühlten sich 2017 etwa drei Viertel der Wahlberechtigten sicher, sind es 55 Prozent 2025 (Infratest dimap). Von 52 Prozent 2017 über 39 Prozent 2021 bis auf 11 Prozent 2025 ist die Zukunftszuversicht gesunken. So sagen vor der Wahl 11 Prozent, Deutschland sei gut auf die Zukunft vorbereitet. Die eigene wirtschaftliche Lage bewerten 53 Prozent positiv. 2021 sagten dies 65 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen).

Dramatisch ist der Vertrauensverlust der Ampelregierung in der Legislaturperiode. Unmittelbar vor der Bundestagswahl waren 82 Prozent mit der Bundesregierung rückblickend unzufrieden. Allerdings hat das Ausscheiden der FDP aus der Koalition diese Werte nicht beeinflusst. Mehr oder weniger kontinuierlich hat die Koalition seit 2022 an Vertrauen eingebüßt. Parallel hierzu verlaufen die Bewertungen der Spitzenkandidaten der (vormaligen) Ampelparteien. Kontinuierlich ist die Zufriedenheit mit Olaf Scholz, Robert Habeck und Christian Lindner in der Bevölkerung gesunken. Keiner konnte diesem Trend individuell etwas entgegensetzen (Infratest dimap).

Keiner der Spitzenkandidaten der Ampelparteien kann von einem Amtsbonus profitieren. Dies kann als Novum bewertet werden.

Die politische Öffentlichkeit tendiert zu einer stärkeren Fragmentierung. Vor allem in der Bewertung der Spitzenkandidaten der Parteien wird dies sichtbar. Jenseits der eigenen Anhängerschaft ist die Zustimmung zu Politikern gering, in der eigenen Anhängerschaft hoch. Besonders stark ausgeprägt ist dies in den Anhängerschaften der AfD, des BSW und der Grünen. Im letzten Politbarometer vor der Wahl (Forschungsgruppe Wahlen Februar 2025) erhielt Sahra Wagenknecht wie Alice Weidel in der eigenen Anhängerschaft einen Wert von 4,0. Auf einer Skala von +5 bis -5 kann dies als ausgesprochen hohe Akzeptanz gewertet werden. Im Mittel kommt Weidel auf -2,5 und Wagenknecht auf -1,3. Dies ist als Zeichen der hochgradigen Geschlossenheit zu werten, die den beiden Anhängerschaften ebenso gemein ist wie die tiefsitzenden diversen Unzufriedenheiten. Beim Wahlergebnis gibt es eine dreifache Fragmentierung. In den ostdeutschen Flächenländern dominiert die AfD, in den westdeutschen Ländern dominiert (weniger stark) die Union und in Berlin ist die Linke auf niedrigem Niveau stärkste Kraft.

Die Motive der Wahlentscheidung sind heterogen. Es gibt kein Thema, das große Teile der Wählerschaft ähnlich bewerten. Ausdruck findet diese neue Unübersichtlichkeit auch in der Anzahl der Spitzenkandidaten, die von den Medien mit dem Prädikat „Kanzlerkandidat/Kanzlerkandidatin“ versehen wurden (insgesamt 4). Die zunehmende Kleinteiligkeit und der Zerfall in Partikularinteressen fanden optische Versinnbildlichung in den Runden, bei denen alle Parteien, die im Bundestag vertreten waren, auftraten. Dort diskutieren insgesamt acht Repräsentanten der Parteien.

Einzig die Unionsparteien konnten bei dieser Wahl als Repräsentanten der politischen Mitte zulegen. Die Parteien der am 6. November 2024 zerbrochenen Ampelkoalition haben erhebliche Einbußen zu verzeichnen, die im Fall der FDP zum Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde führten.

Die politische Mitte ist damit erheblich geschrumpft. Die politischen Ränder kommen auf einen Anteil von 34,6 Prozent (von denen rund 5 Prozent nicht parlamentswirksam sind, da das BSW an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte). Die Ränder haben insgesamt 19,3 Prozentpunkte gegenüber 2021 hinzugewonnen. Die politische Mitte hat keine Zweidrittelmehrheit für Verfassungsänderungen im Parlament.

Erneut hat die gestiegene Wahlbeteiligung den politischen Rändern genutzt. Vor allem die AfD profitiert mit einem Zuwachs von 1.810.000 Millionen früheren Wahlabstinenten. Insgesamt kommen 2,5 Millionen Stimmen ehemaliger Nichtwählerinnen und Nichtwähler den Parteien der politischen Ränder zugute. Die Parteien der politischen Mitte können 1.260.000 ehemalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler von sich überzeugen.

Die deutsche Wählerschaft ist gegenüber 2021 deutlich fragmentierter und auch polarisierter. Auf der inhaltlichen Ebene zeigen sich bei der Positionierung zu politischen Streitfragen (z.B. Klimaschutz vs. Wirtschaft, mehr oder weniger Sozialstaat, mehr oder weniger Zuwanderung) wachsende Distanzen zwischen den unterschiedlichen Wählerschaften. Gleichzeitig sind die jeweiligen Wählerschaften der Parteien in sich homogener geworden. Die Anhänger und Anhängerinnen der Grünen und Linken bilden bei allen inhaltlichen Einstellungen den Gegenpol zu der Anhängerschaft der AfD (Hirndorf 2024c).

Die persönliche (affektive) Polarisierung nimmt zu. Dies trifft unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen. Danach gefragt, mit wem man persönlich nichts zu tun haben möchte, ist insgesamt die gesellschaftliche Abneigung gegenüber allen abgefragten Gruppen (zumeist leicht) gestiegen. Vor allem die Abneigung gegenüber den Wählerinnen und Wählern der Grünen ist deutlich angestiegen. Die Abneigung der AfD-Wählerinnen und -Wähler ist hingegen konstant hoch (Umfragen der KAS. Publikation im Erscheinen. Vgl. Roose 2021). Ausdruck findet dies auch im Vertrauen in Medien. Mittlerweile sind fragmentierte Öffentlichkeiten entstanden, was sich auch am Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien ablesen lässt. Vor allem in der AfD-Anhängerschaft dominiert das Misstrauen (Hirndorf/Roose 2023).

Da die heutigen Parteien mit den Parteien der Weimarer Republik nicht wesensgleich sind und lediglich die SPD bereits existierte, werden hier auch keine Analogien zu den Wahlergebnissen hergestellt.

Seit der Europawahl ist eine neue soziale Konfliktlinie sichtbar. Die AfD schneidet besonders gut ab bei unter 35-jährigen Männern im ländlichen Raum (unter 20 Tausend Einwohner). Dies ist auch bei der Bundestagswahl so: 36 Prozent dieser Wählergruppe stimmen für die Partei. Im Gegensatz dazu hat sich die Wählerschaft der Linken zu der Partei der jüngeren, städtischen Frauen entwickelt. Hier gewinnt sie 35 Prozent.

Zwar nennen 44 Prozent Zuwanderung/Asyl/Migration als wichtigstes Thema und weitere 36 Prozent erwähnen die Wirtschaftslage (Forschungsgruppe Wahlen), doch spiegeln sich diese Themen nicht in den inhaltlichen Wahlmotiven wider. Bei den individuellen Gründen der Wahlentscheidung gibt es einen Themenmix, bei dem viele Themen etwa auf niedrigem Niveau gleichauf liegen: innere Sicherheit, soziale Sicherheit, Zuwanderung, Wirtschaftswachstum, Umwelt und Frieden. Alle diese Themen erhalten Nennungen zwischen 18 und 13 Prozent. In den Anhängerschaften der Linken (51 Prozent) und der SPD (38 Prozent) ist das Thema soziale Sicherheit besonders wichtig, innerhalb der Unionsanhängerschaft nennen 31 Prozent das Wirtschaftswachstum und bei den Grünen dominiert mit 62 Prozent das Themenfeld Umwelt und Klima. Für die AfD-

Anhängerschaft ist für 38 Prozent die Zuwanderung auf Platz eins, gefolgt von 33 Prozent, für die innere Sicherheit persönlich am wichtigsten ist (Infratest dimap). Allerdings finden sich bei der Forschungsgruppe Wahlen abweichende Werte. 51 Prozent aller Wahlberechtigten nennen das Thema Frieden/Sicherheit, 40 Prozent Wirtschaft, 34 Prozent soziale Gerechtigkeit, 29 Prozent Flucht/Asyl, 23 Prozent Rente/Alterssicherung und 19 Prozent Klimaschutz als wichtigstes Thema für die eigene Wahlentscheidung (Forschungsgruppe Wahlen).

Die **Union** gewinnt bei dieser Wahl. In der eigenen Wählerschaft erhalten die Union und der Kanzlerkandidat, Friedrich Merz, sehr hohe Zustimmung. In den anderen Wählerschaften finden sich eher zurückhaltende Einschätzungen. Merz wird von jeweils über 90 Prozent der Unionsanhängerschaft in der Frage nach dem gewünschten Kanzlerkandidaten genannt, unabhängig, ob im Vergleich zu Bundeskanzler Olaf Scholz oder Wirtschaftsminister Robert Habeck. Gegenüber Habeck bevorzugen 53 Prozent aller Wahlberechtigten Merz, gegenüber Scholz 49 Prozent. Jenseits der Anhängerschaft der FDP, fällt der Rückhalt bei SPD und Grünen hingegen verhalten aus. Unsicher sind sich die Wahlberechtigten auch in der Frage, ob er als Kanzler besser als Scholz wäre. Hier stimmen 37 Prozent zu.

In der Wahlforschung ist bekannt, dass das Eigenschaftsbündel „Leadership“ (also Führungsstärke) für die Wahlentscheidung wichtig ist. Merz punktet gegenüber dem Bewerberfeld deutlich mit Führungsstärke („kann durch weltweit unsichere Zeiten führen“, „Sachverstand“ und „kann die zukünftigen Probleme lösen“.) Jeweils ca. ein Drittel der Wahlberechtigten ordnet ihm diese Eigenschaften zu. Habeck liegt bei der Sympathie vor den Mitbewerbern. Bei Scholz und Weidel ist kein klares Profil erkennbar (Forschungsgruppe Wahlen).

Die Union hat gegenüber der Vorwahl in allen abgefragten Problemfeldern einen Kompetenzzuwachs erhalten. 32 Prozent sind der Ansicht, dass die wichtigsten Aufgaben in Deutschland von der Union gelöst werden können. Dies ist ein Zuwachs von 6 Punkten gegenüber 2021. Allen anderen Parteien wird deutlich seltener die allgemeine Problemlösungskompetenz zugetraut. Die Sozialdemokraten halbieren gegenüber der Vorwahl das Zutrauen. Der Wert sinkt von 28 auf 15 Prozent. Die AfD kann sich von 6 auf 14 Prozent verbessern (Infratest dimap).

Am größten fällt der Kompetenzzuwachs im Bereich der Wirtschaftspolitik aus. Hier trauen 39 Prozent der Wahlberechtigten der Union zu, die Wirtschaft in Deutschland voranzubringen (+7 Punkte). Bei der inneren Sicherheit trauen ihr 37 Prozent (+2 Prozentpunkte) und bei der Außen- und Verteidigungspolitik etwa ein Drittel der Befragten zu, die Aufgaben zu lösen. Gegenüber der Vorwahl ist der Zuwachs bei dem Thema Steuer- und Finanzpolitik mit 6 Punkten überdurchschnittlich (insgesamt schreiben hier 27 Prozent der Union kompetente Aufgabenlösung zu, Infratest dimap).

Die **AfD** profitiert von der Fragmentierung, Polarisierung und der damit einhergehenden Mobilisierung. Bei vielen Wahlen hat es sich gezeigt, dass es vor allem der Grad der Polarisierung ist, der sich auf die Wahlbeteiligung auswirkt. Auch bei dieser Wahl profitiert die AfD von den Zugewinnen ehemaliger Nichtwählerinnen und Nichtwähler mit sehr großem Abstand am stärksten von allen Parteien (+1.810.00 Stimmen).

Die AfD-Wählerschaft ist gegenüber Argumenten im politischen Diskurs weitgehend abgeschottet und stark auf die Kommunikation der AfD selbst fokussiert. Dadurch ist die Bindung an die AfD stark ausgeprägt. Geeint sind die Anhängerinnen und Anhänger in der Ablehnung der anderen Parteien, massiven Unzufriedenheiten mit Politik sowie Politikerinnen und Politikern und einer Abwehr gesellschaftlicher Veränderungen (vgl. Werkmann/Frieß 2024). Diese Abkapselung schlägt sich in der Bewertung der Spitzenkandidatin der AfD, Alice Weidel, nieder, die bei der Forschungsgruppe Wahlen einen Wert von 3,9 erhält (auf einer Skala von +5 bis -5).

Die AfD-Anhängerinnen und -Anhänger sind längst keine Protestwähler mehr. Sie teilen auch die programmatischen Inhalte der Partei (Werkmann/Frieß 2024) und wählen die AfD mehrheitlich aus Überzeugung (Infratest dimap). Dies spiegelt sich auch in der wahrgenommenen Problemlösungskompetenz wider. Beim Themenfeld innere Sicherheit gewinnt die AfD 10 Punkte in der Kompetenzbewertung hinzu und erreicht einen Anteil von 23 Prozent. Dicht dahinter mit einem Wert von 22 Prozent befindet sich die Kompetenzzuschreibung in der Asylpolitik mit einem Plus von 8 Punkten. Ebenfalls 8 Punkte gewinnt die AfD bei der allgemeinen Problemlösekompetenz hinzu (14 Prozent insgesamt; Infratest dimap).

In allen messbaren Feldern wird die **SPD** schlechter bewertet als bei der Vorwahl. 2025 hätten 19 Prozent Olaf Scholz am liebsten als Bundeskanzler gesehen. 2021 lag der Wert bei 48 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen). In keinem Politikfeld konnte die Partei im Vergleich zu 2021 punkten. Überall sind starke Einbußen zu verzeichnen. Lediglich 26 Prozent aller Befragten sehen die SPD im Themenfeld der sozialen Gerechtigkeit als kompetent an. Dies entspricht einem Rückgang von 14 Punkten). Auch in der Frage der Altersvorsorge verliert die SPD 12 Punkte gegenüber der Vorwahl (2025: 24 Prozent). Besonders folgenreich für das Abschneiden der SPD ist das geschwundene Vertrauen, die wichtigsten Aufgaben Deutschlands zu lösen. Hier sehen 15 Prozent die SPD in der Lage. Dies entspricht einem Rückgang von 13 Punkten (Infratest dimap).

Die **Grünen**-Verluste schlagen sich vor allem auf dem Konto der Linken nieder. Dorthin wandern 700.000 Wähler ab. Verglichen mit den anderen Koalitionspartnern fallen ihre Verluste zwar kleiner aus, dennoch leiden sie unter der schlechten Bewertung der Koalition. Gegenüber 2021 wird vor allem die Partei schlechter bewertet. Von 0,4 sinkt das Ansehen der Partei auf -0,8 (auf einer Skala von +5 bis -5). Robert Habeck ist in den eigenen Reihen ausgesprochen angesehen und kommt auf einen Wert von 3,7. Jenseits der eigenen Anhängerschaft stößt er auf Ablehnung, so dass er insgesamt auf einen leicht negativen Wert bei allen Wahlberechtigten kommt (-0,6; Forschungsgruppe Wahlen).

In den Themenkompetenzen haben die Grünen vor allem im Themenfeld der Umwelt und Klimapolitik Einbußen zu verzeichnen (-6 Punkte). Dennoch wird ihnen hier von 42 Prozent der Befragten Kompetenz zugesprochen. Keine Veränderung (-1 Punkt) zeichnet sich bei der allgemeinen Problemlösekompetenz ab. 9 Prozent sehen die Grünen in der Lage, die wichtigsten Aufgaben in Deutschland zu lösen (Infratest dimap).

Bereits bei der Europawahl haben die Grünen bei jüngeren Frauen Verluste zu verzeichnen gehabt. Bei dieser Wahl haben die Grünen hier 15 Punkte verloren (Infratest dimap).

Das Abschneiden der **Linken** hätte im Sommer 2024 niemand erwartet, als sie mit 2,7 Prozent bei der Europawahl deutlich unter der Abspaltung des BSW gelitten hatte.

Bei dieser Wahl ist die Linke der Antipode der AfD geworden und profitiert am anderen Ende des politischen Spektrums von der Polarisierung. Noch Mitte Januar lag die Linke bei 4 Prozent. Ende Januar erreichte sie in Umfragen bereits 5 Prozent und konnte den Anteil von Woche zu Woche um jeweils 1 Prozentpunkt ausbauen. In der letzten Umfrage vor der Wahl wurde sie von der Forschungsgruppe Wahlen auf 8 Prozent taxiert (Forschungsgruppe Wahlen). Bislang konnten von der starken Polarisierung gegenüber der AfD eher die Grünen profitieren.

Über das Spitzenpersonal der Linken liegen keine Umfragewerte vor. Inhaltlich gewinnt sie mit einem Zuwachs von 5 Punkten eine Kompetenzzuschreibung von 16 Prozent im Themenfeld der sozialen Gerechtigkeit. Trotz des schon länger andauernden Aufwuchses im Westen trauen ihr 15 Prozent die Interessenvertretung des Ostens zu (kein Vergleichswert). Bei der Lösung der wichtigsten Aufgaben in Deutschland sehen 5 Prozent die Kompetenz bei der Partei (Infratest dimap).

Die Linke gewinnt bei jüngeren Frauen 26 Punkte hinzu und erreicht in dieser Gruppe einen Anteil von 35 Prozent (Infratest dimap).

Das **BSW** kann nur mit der Europawahl 2024 verglichen werden, da es dort zum ersten Mal kandidierte. Gegenüber der Europawahl hat das BSW zwar verloren, ist allerdings nur knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Nicht zu unterschätzen bei der Europa- wie bei der Bundestagswahl ist die Bedeutung von Sahra Wagenknecht für die Wahlentscheidung. Mit 4,0 im Juni 2024 und 4,0 bei der Bundestagswahl liegt bei ihr (neben Alice Weidel) die beste Bewertung eines Politikers bzw. einer Politikerin in der eigenen Anhängerschaft vor. Allerdings hat das Thema Ukraine/Krieg/Frieden gegenüber der Europawahl an Bedeutung eingebüßt. Im Juni 2024 nannten noch 11 Prozent das Themenfeld, im Februar entfielen 4 Prozent der Nennungen auf das Thema (Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen).

Bei den wahrgenommenen Parteikompetenzen des BSW zeigen sich gegenüber der Europawahl nur geringfügige Veränderungen, die ohnehin auf einem sehr niedrigen Niveau stattfinden. Die Kompetenz, die wichtigsten Aufgaben in Deutschland zu lösen, trauen dem BSW 3 Prozent zu (Infratest dimap).

Die **FDP** kann nicht wieder in den Bundestag einziehen. Bei der Bundestagswahl 2021 (aber auch schon 2017) profitierte sie von der Popularität ihres Spitzenkandidaten Christian Lindner (Pokorny 2022). Während Lindner in der eigenen Anhängerschaft 2021 wie 2025 auf einen guten Wert von 3,2 kam bzw. kommt, ist das Ansehen in der Bevölkerung gesunken. 2021 kam er in der Bewertung aller Wahlberechtigten auf einen Wert von 0,4; 2025 liegt der Wert bei -1,2. Mit dem Ansehensverlust der Ampel, sank auch die Zustimmung zu seiner Person und der Partei, die von +0,3 (2021) bei dieser Wahl auf -1,0 sank (Forschungsgruppe Wahlen).

Auch inhaltlich sinken die Kompetenzwerte. Gegenüber 2021 trauen der FDP noch 7 Prozent der Wahlberechtigten zu, die Wirtschaft in Deutschland voranzubringen (-9 Punkte). 10 Prozent trauen ihr Kompetenzen in der Steuerpolitik zu (-4 Punkte). Und 2 Prozent sehen sie in der Lage, die wichtigsten Aufgaben in Deutschland zu lösen (Infratest dimap).

Rückhalt hat die FDP vor allem bei jüngeren Männern verloren (-20 Punkte; Infratest dimap).

3. Wählerwanderung und Sozialstruktur³

Die **Unionsparteien** gewinnen vor allem von der SPD und der FDP Wählerstimmen hinzu. 1.760.000 ehemalige Wählerinnen und Wähler der SPD machen nun ihr Kreuz bei der Union. Das gleiche gilt für 1.350.000 ehemalige Wählerinnen und Wähler der FDP. Zusätzlich kann die Union von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitieren. 900.000 ehemalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler stimmen nun für die Union. Darüber hinaus wechseln 460.000 Wählerinnen und Wähler von den Grünen und 360.000 von den sonstigen Parteien zu CDU und CSU. Die größten Verluste verzeichnet die Union an die AfD, zu der 1.010.000 Wählerinnen und Wähler gewechselt sind. Dazu hat die Union 220.000 Stimmen an das BSW und 70.000 Stimmen an die Linke verloren.

Wie schon bei früheren Wahlen schneidet die Union bei älteren Wählerinnen und Wählern besser, bei jüngeren Wählerinnen und Wählern schlechter ab. In der Altersgruppe 45-59 Jahre hat die Union leicht überdurchschnittlich hinzugewonnen. Ebenfalls ein bekannter Befund: Die Union schneidet im ländlichen Raum besser ab als in Großstädten.

Von allen Parteien profitiert die **AfD** mit Abstand am stärksten von der gestiegenen Wahlbeteiligung. 1.810.000 frühere Nichtwählerinnen und Nichtwähler stimmen nun für die AfD. Zusätzlich gewinnt die AfD aus allen politischen Richtungen: 1.010.000 Stimmen von der Union, 890.000 von der FDP, 790.000 von den sonstigen Parteien und 720.000 von der SPD. Kleiner fallen die Zugewinne der AfD von der Linken (+110.000) und den Grünen (+100.000) aus. Lediglich an das BSW gibt die AfD leicht Stimmen ab (-60.000).

Die AfD schneidet wie schon bei früheren Wahlen in den mittleren Altersgruppen besonders gut ab. Das gilt in West- und Ostdeutschland. Allerdings kann sie inzwischen auch bei jungen Männern überdurchschnittliche Gewinne und damit auch überdurchschnittliche Ergebnisse verzeichnen. Zusätzlich schneidet die AfD im ländlichen Raum besser ab als in Großstädten. Besonders ausgeprägt ist der AfD-Anteil bei jungen Männern auf dem Land (36 Prozent) und bei jungen Männern ohne Abitur (44 Prozent; Infratest dimap). Zusätzlich schneidet die AfD überdurchschnittlich stark unter Personen ab, die ihre wirtschaftliche Lage als weniger gut oder schlecht beschreiben.

Die **SPD** verliert in fast alle Richtungen. Ihre größten Verluste verzeichnet die SPD an die Union. 1.760.000 Wählerinnen und Wähler wechseln von der SPD zur Union. Zusätzlich verliert die SPD 720.000 Stimmen an die AfD, 560.000 an die Linke, 440.000 an das BSW und 100.000 an die Grünen. Lediglich aus dem Nichtwählerlager (+250.000), von der FDP (+120.000) und den sonstigen Parteien (+60.000) kann die SPD Stimmen hinzugewinnen.

Die SPD schneidet wie in früheren Wahlen unter älteren Wählerinnen und Wählern besser ab als unter jüngeren. Allerdings verliert sie bei den Älteren auch stärker als bei den Jüngeren. Ähnlich verhält es sich mit der formalen Bildung. Die SPD schneidet unter Wählerinnen und Wählern mit niedriger formaler Bildung immer noch besser ab, verliert in dieser Gruppe aber auch stärker.

Auch die **Grünen** verlieren lagerübergreifend. Am meisten Stimmen verlieren die Grünen an die Linke, zu der 700.000 frühere Wählerinnen und Wähler der Grünen wechseln. Aber auch an die Union verlieren die Grünen 460.000 Wählerinnen und Wähler. Nur leichte Verluste verzeichnen die Grünen an das BSW (-150.000) und die AfD (-100.000). Dagegen können die Grünen Stimmen gewinnen von der FDP (+140.000), aus dem Nichtwählerlager (+110.000) und von der SPD (+100.000).

Die Grünen verzeichnen überdurchschnittliche Verluste bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern, vor allem bei den jungen Frauen, sodass sie dort nicht mehr ihre stärksten Ergebnisse haben. Stattdessen erzielen sie ihre besten Ergebnisse bei den mittleren Altersgruppen. Die Grünen erzielen wie schon in früheren Wahlen in Großstädten bessere Ergebnisse als im ländlichen Raum.

Die **Linke** gewinnt aus allen Richtungen Wählerinnen und Wähler. Ihre größten Zuwächse erzielt sie von den Grünen (+700.000), der SPD (+560.000) und den sonstigen Parteien (+310.000). Aber auch von ehemaligen Nichtwählerinnen und Nichtwählern (+290.000) sowie früheren Wählerinnen und Wählern der FDP (+100.000) und der Union (+70.000) kann die Linke profitieren. Lediglich an das BSW (-350.000) und die AfD (-110.000) gibt die Linke Stimmen ab.

Die Linke schneidet unter Frauen besser ab als unter Männern und in Großstädten besser als im ländlichen Raum. Besonders gut schneidet die Linke ab unter jungen Frauen in der Stadt mit Abitur (38 Prozent; Infratest dimap).

Die **FDP** kann als einzige Partei nicht von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitieren. Sie ist die einzige Partei, die sogar leicht Stimmen an das Nichtwählerlager verliert (-40.000). Insgesamt verliert die FDP in alle Richtungen, Zuwächse kann sie keine verbuchen. Am stärksten verliert die FDP an die Union, zu der 1.350.000 Wählerinnen und Wähler wechseln. Auch zur AfD wechseln

890.000 frühere Wählerinnen und Wähler der FDP. Darüber hinaus verliert die FDP in geringerem Maß an das BSW (-260.000), die Grünen (-140.000), die sonstigen Parteien (-120.000), die SPD (-120.000) und die Linke (-100.000).

Analog zu den Grünen, die bei den jungen Frauen überdurchschnittlich verloren haben, hat die FDP bei den jungen Männern überproportional Stimmen eingebüßt. Dadurch zeigen sich bei der Wahl der FDP keine Alterseffekte mehr.

Das **BSW** scheitert zwar knapp an der Fünf-Prozent-Hürde, kann aber aus allen Richtungen Wählerinnen und Wähler hinzugewinnen. Die größten Zugewinne verbucht das BSW von den sonstigen Parteien (+500.000), der SPD (+440.000) und der Linken (+350.000). Auch von der gestiegenen Wahlbeteiligung kann das BSW profitieren (+400.000). Zudem gewinnt das BSW Stimmen von der FDP (+260.000), der Union (+220.000), den Grünen (+150.000) und der AfD (+60.000).

Das BSW schneidet etwas schlechter unter älteren Wählerinnen und Wählern ab. Darüber hinaus zeigen sich keine sozialstrukturellen Besonderheiten.

Die **sonstigen Parteien** haben verloren, vor allem an die AfD (-790.000) und das BSW (-500.000), aber auch an die Union (-360.000) und die Linke (-310.000). Nur leichte Verluste verzeichnen die sonstigen Parteien an die SPD (-60.000) und die Grünen (-20.000). Von der FDP (+120.000) und aus dem Nichtwählerlager (+160.000) sind Wählerinnen und Wähler zu den sonstigen Parteien gewechselt.

Literatur

Derzeit befinden sich mehrere Analysen der Konrad-Adenauer-Stiftung im Erscheinen. Erschienen sind:

Hirndorf Hirndorf/Roose, Jochen 2023: Welchen Nachrichten kann man noch trauen? – Angst vor Desinformation und Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien – repräsentative Umfragen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/welchen-nachrichten-kann-man-noch-trauen> (zuletzt abgerufen am 14.02.2025).

Hirndorf, Dominik, 2023b: „Kein Staat, meine Regeln“. Repräsentative Umfrage zur Verbreitung von Reichsbürger-affinen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/kein-staat-meine-regeln> (zuletzt abgerufen am 30.08.2024).

Hirndorf, Dominik, 2023c: Antisemitische Einstellungen in Deutschland. Repräsentative Umfrage zur Verbreitung von antisemitischen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/antisemitische-einstellungen-in-deutschland> (zuletzt abgerufen am 30.08.2024).

Hirndorf, Dominik 2024a: „Stadt, Land, ... Unterschiede?“ - Politische Einstellungen zwischen Großstadt und ländlichem Raum – Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. <https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/stadt-land-unterschiede> (zuletzt abgerufen am 02.09.2024).

Hirndorf, Dominik, 2024b: Wovor sich die Deutschen fürchten. Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen zu Bedrohungsgefühlen in der deutschen Bevölkerung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/sorgen-und-aengste-der-waehlerschaft-ergebnisse-aus-repraesentativen-umfragen> (zuletzt abgerufen am 21.02.2025).

Hirndorf, Dominik, 2024c: Wachsende Unterschiede zwischen Wählerschaften. Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen zu politischen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung zu Klimaschutz, Migration und Sozialstaat. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/web/wahlanalysen-und-gesellschaftsstudien/monitor/detail/-/content/politische-einstellungen-zu-klimaschutz-migration-und-sozialstaat> (zuletzt abgerufen am 21.02.2025).

Neu, Viola, 2023: „Das ist alles bewiesen.“ Ergebnisse aus repräsentativen und qualitativen Umfragen zu Verschwörungstheorien in Deutschland. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/das-ist-alles-bewiesen> (zuletzt abgerufen am 02.09.2024).

Neu, Viola, 2024: Die digitale Spaltung der Gesellschaft. Ergebnisse aus einer repräsentativen Umfrage zu Künstlicher Intelligenz. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/die-digitale-spaltung-der-gesellschaft> (zuletzt abgerufen am 21.02.2025).

Neu, Viola/Pokorny, Sabine, 2021a: Vermessung der Wählerschaft vor der Bundestagswahl 2021. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu politischen Einstellungen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/vermessung-der-waehlerschaft-vor-der-bundestagswahl-2021> (zuletzt abgerufen am 02.09.2024).

Neu, Viola/Pokorny, Sabine, 2021b: Bundestagswahl in Deutschland am 26. September 2021. Endgültiges Ergebnis. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor/detail/-/content/wahlanalyse-der-bundestagswahl-in-deutschland-am-26-september-2021-1> (zuletzt abgerufen am 21.02.2025).

Neu, Viola/Roose, Jochen, 2024: Europawahl in Deutschland am 9. Juni 2024. Vorläufiges Ergebnis. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/analyse-der-europawahl-in-deutschland-am-9-juni-2024> (zuletzt abgerufen am 21.02.2025).

Pokorny, Sabine, 2024a: Bäumchen wechsel dich? Politische Einstellungen im Wandel. Ergebnisse aus drei repräsentativen Trend-Umfragen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/baemchen-wechsel-dich-politische-einstellungen-im-wandel> (zuletzt abgerufen am 02.09.2024).

Pokorny, Sabine, 2024b: Gestiegenes Interesse an Europa. Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen zu europapolitischen Einstellungen nach der Europawahl. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/gestiegenes-interesse-an-europa> (zuletzt abgerufen am 21.02.2025).

Pokorny, Sabine, 2024c: Gute Gefühle, schlechte Gefühle. Repräsentative Umfrage zu Parteiimages und von Parteien ausgelösten Gefühlen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/gute-gefuehle-schlechte-gefuehle> (zuletzt abgerufen am 21.02.2025).

Pokorny, Sabine/Hirndorf, Dominik, 2024: Online, offline oder beides? Umfragemethoden im Praxistest. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/analysen-und-argumente/detail/-/content/online-offline-oder-beides> (zuletzt abgerufen am 21.02.2025).

Pokorny, Sabine/Roose, Jochen, 2024: „Nur nicht, dass der Verfassungsschutz bei mir klingelt.“ Zur Verbreitung rechts- und linksextremistischer Einstellungen in Deutschland. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. <https://www.kas.de/de/einzelartikel/-/content/repraesentative-umfrage-zur-verbreitung-rechts-und-linksextremistischer-einstellungen-in-deutschland> (zuletzt abgerufen am 30.07.2024).

Pokorny, Sabine, 2022: Wieso, weshalb, warum?- Wahlmotive bei der Bundestagswahl 2021. : Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/einzelartikel/-/content/wieso-weshalb-warum-wahlmotive-bei-der-bundestagswahl-2021> (zuletzt abgerufen am 24.02.2025).

Roose, Jochen, 2021: Politische Polarisierung in Deutschland. Repräsentative Studie zu Zusammenhalt in der Gesellschaft. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., <https://www.kas.de/de/einzelartikel/-/content/politische-polarisierung-in-deutschland> (zuletzt abgerufen am 02.09.2024).

Roose, Jochen, 2024a: Begeistert, kritisch, unaufgeregt, resigniert: die Deutschen und Europa. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu europapolitischen Einstellungen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/begeistert-kritisch-unaufgeregt-resigniert-die-deutschen-und-europa> (zuletzt abgerufen am 21.02.2025).

Roose, Jochen, 2024b: Die Stimmung vor der Europawahl 2024. Repräsentative Umfrage zu europapolitischen Einstellungen vor der Europawahl 2024. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/die-stimmung-vor-der-europawahl-2024> (zuletzt abgerufen am 21.02.2025).

Roose, Jochen, 2024c: „Meine 1. Europawahl“. Repräsentative Umfrage zu europapolitischen Einstellungen von Erstwählerinnen und Erstwählern. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/meine-1-europawahl> (zuletzt abgerufen am 21.02.2025).

Roose, Jochen, 2024d: Öfter mal was Neues. Repräsentative Umfrage zu den Wählerinnen und Wählern der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/oefter-mal-was-neues-die-waehlerschaft-der-neuen-partei-buendnis-sahra-wagenknecht-bsw> (zuletzt abgerufen am 02.09.2024).

Werkmann, Caroline/Frieß, Hans-Jürgen, 2024: „Enttäuschung, Frust und Resignation. Eine qualitative Analyse der politischen Stimmungslage in Deutschland. Berlin, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/eine-qualitative-analyse-der-politischen-stimmungslage-in-deutschland> (zuletzt abgerufen am 02.09.2024).

-
- 1 Quellen: Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap.
 - 2 Derzeit befinden sich mehrere Analysen der Konrad-Adenauer-Stiftung im Erscheinen.
 - 3 Die Daten der Wählerwanderung beziehen sich ausschließlich auf Daten von Infratest dimap. Aufgrund von Abweichungen in den Ergebnissen zur Sozialstruktur der Wählerschaften von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen werden nur vergleichbare Ergebnisse berichtet.

Impressum

Die Autorinnen

Dr. Viola Neu ist stellvertretende Leiterin von Analyse und Beratung und leitet die Wahl- und Sozialforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Sabine Pokorny ist Referentin in der Abteilung Wahl- und Sozialforschung in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Viola Neu

Stellvertretende Leiterin Analyse und Beratung
Leiterin Wahl- und Sozialforschung
T +49 30 / 26 996-3506

viola.neu@kas.de

Dr. Sabine Pokorny

Referentin Wahl- und Sozialforschung
T +49 30 / 26 996-3544

sabine.pokorny@kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2025, Berlin
Gestaltung: yellow too Pasiak & Horntrich GbR

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).